

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig
Aden & Comp., Nr. 2061A.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsamt:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten monatlich 6.00 M., durch die Post
bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
8.50 M. Einzelnummer 20 Pf.

Schriftleitung: Postfach 10, Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Postfach 10, Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 9 spaltenweite Komposition 2.00 M., Familienanzeigen
1.50 M., die 3 spaltenweite Komposition 0.50 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Gr-
undgebühr. Kurzigen sind im Voraus zu bezahlen. Eine Berücksichtigung für
Aufnahme an vorgedruckten Tagen. Für Preisveränderung 30 Pf.

Nr. 211

Dresden, Sonnabend den 11. September 1920

31. Jahrg.

Kongress der Eisenbahner

In den Mauern unserer Stadt treten morgen die Vertreter der organisierten Eisenbahner Deutschlands zu einer außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes zusammen. Die Einberufung wurde notwendig, durch die beispiellose Entwicklung des Verbandes. Bei der Gründung zählte er nur 1000 Mitglieder. Der Geschäftsbericht, der der ersten Generalversammlung im Mai 1919 in Jena vorgelegt wurde, ergab in 447 Ortsgruppen 238 870 Mitglieder; heute sind in 1690 Ortsgruppen rund 550 000 Mitglieder vereinigt. Dementsprechend haben sich die Eisenbahnverhältnisse entwickelt. Der Verband verfügt zur Zeit über ein Vermögen von 6 1/2 Millionen Mark. Außerdem sind in Verbandsbüros, Bureauverrichtungen in der dem Hauptbureau angegliederten Buchhandlung für eine Million Mark investiert.

Der sehr umfangreiche Geschäftsbericht, den der Vorstand der Generalversammlung vorlegt, zeigt aber nicht nur in einer glänzenden Auswärtigen Entwicklung in der Mitgliederbewegung und im Kassenwesen, er beweist auch, daß der Verband in der Verzichtzeit für seine Mitglieder erhebliche Verbesserungen auf dem Gebiete der Einkommen- und Dienstverhältnisse gebracht hat. So wurde für die Lohnempfänger ein Reichslohnvertrag abgeschlossen, der, soweit die Zahl der beteiligten Vergehen in Betracht kommt, wohl der bedeutendste in Deutschland ist. Auf dem Gebiete der Amtsbeförderung, der Schaffung moderner Arbeitsverhältnisse in Gestalt von Betriebs- und Beamtenräten hat der Verband hervorragend mitgewirkt. Das Vertrauen, das die verlässlichste junge Organisation sich in den Kreisen der Eisenbahner erworben hat, zeigte sich bei den Betriebsratswahlen. Der Geschäftsbericht stellt mit Strenge fest, daß die gegnerischen Organisationen dabei keine vollständige Niederlage erlitten haben. In Bezug auf die Verbandsmitglieder aller Stufen und Mannschaften. In den übrigen Ländern haben die Gegner zum Teil schlechter abgekommen, so haben sie zum Beispiel in England nicht ein einziges Mandat erhalten.

Die Tagesordnung stellt sechs Punkte vor, von denen der Bericht des Vorstandes, der organisatorische Aufbau des Verbandes und die Statutenberatung die drei wichtigsten sind.

Bei dem vom Vorstand zu erstellenden Bericht werden die großen Kämpfe anlässlich der Verabreichung des Tarifvertrages, der Schließung der Werkstätten mit der damit verbundenen Maßregelung der Funktionäre, der Wiedereinführung der Arbeit, der Beförderung der Beamten, der Durchführung der Neutralität usw. eingehende Würdigung finden. Alle diese Fragen bringen sicher lebhafteste Auseinandersetzungen, aber sie werden voraussichtlich ausfließen in dem allseitigen Wunsch, den Verband noch besser als bisher auszubauen, um das gestellte Ziel, den Reichseisenbahnbetrieb in einem Musterbetrieb zu machen, möglichst bald herbeizuführen.

Im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes stehen die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung, nach denen der organisatorische Aufbau des Verbandes den veränderten Verhältnissen anzupassen zu sein soll. Mit dem neuen organisatorischen Aufbau soll der Charakter der Einheitsorganisation für alle deutschen Eisenbahner seinen schärfsten Ausdruck finden. Im Gegensatz zu den reinen Arbeiter- oder Beamtenorganisationen organisiert der Verband bekanntlich das gesamte Personal der Reichseisenbahnen. Die historische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß zunächst die Lohnempfänger der Werkstätten und des Betriebes in hoher Zahl organisiert wurden. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Not setzte dann ein großer Zuspruch aus den Reihen der unteren und mittleren Beamten ein. Bald aber zeigte sich, daß die bei der Gründung und später auf der ersten Generalversammlung festgelegte Organisationsform in Anspruch nicht genügt und es deshalb notwendig wurde, den Verband in Sektionen zu gliedern. Zu diesem Zweck sollen den Sektionen Richtlinien für den inneren Organisationsaufbau beigegeben werden, nach denen die Arbeiter und Beamten in Hauptgruppen auf örtlicher Grundlagens zusammenzufassen sind. Dabei wird zu berücksichtigen sein, daß die durch den Zusammenschluß des Deutschen Eisenbahnerverbandes mit dem Sächsischen Verkehrspersonal-Verband übernommenen Mitglieder des Personalverbandes künftig im Verbandsverband verbleiben sollen, der aber einer anderen bereits für die Postverwaltung vorhandenen Organisation angegliedert werden sollen. Ebenfalls ist auch die Frage der Organisationszugehörigkeit der Arbeiterbahner.

Die Generalversammlung hat also ein reichhaltiges Programm zu erledigen. Sie soll das Agitations- und Organisationsgebiet des Verbandes umgrenzen und außerdem neue Waffen schmieden zur Führung der künftigen großen Kämpfe. Mögen die Hoffnungen, die die Eisenbahner in das Dresdener Verbandsparlament setzen, in Erfüllung gehen. In diesem Sinne helfen wir die Vertreter der organisierten deutschen Eisenbahner in Dresden herzlich willkommen!

Neue Protestnote an Deutschland

Neueste Telegramme

Rotterdam, 11. September. In der gestrigen Botenkonferenz, in der Jules Cambon den Vorsitz führte, wurde beschlossen, an die deutsche Regierung eine Protestnote zu senden wegen der Anhaltung von alliierten Schiffen, die durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach Danzig fahren sollten.

Berlin, 10. September. Auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal wurden vor einigen Tagen mehrere mit Munition für Polen beladene Dampfer schwedischer, griechischer und dänischer Nationalität vom Schleißenbetriebsrat angehalten. In dieser Angelegenheit hat die Reichsregierung, wie von zünftiger Stelle mitgeteilt wird, nunmehr angeordnet, daß die Dampfer, die auf Grund der deutschen Neutralität an der Weiterfahrt verhindert worden waren, durch den Kanal zurückgeschickt seien. Der Kanal sei als deutsche Verkehrsstraße anzusehen, auf der die Neutralität ebenso wie auf den anderen Verkehrsstraßen Deutschlands auszuüben zu erhalten sei. Dieser Standpunkt sei auch gegenüber der französischen Botschaft vertreten worden, die unter Hinweis auf den Frechdenvertrag die freie Durchfahrt des dänischen, aus Frankreich kommenden Dampfers, verlangt hatte.

Die Finanzkonferenz in Brüssel

Frankfurt a. M., 11. September. Wie bekannt, wird der frühere Präsident der Schweiz Ador den Vorsitz auf der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel führen. Zweiter Vorsitzender wird der belgische Wirtschaftsminister Jaspar und Sekretär der belgische Direktor im Wirtschaftsministerium Pilsnier.

Paris, 10. September. Nach der vom englischen Botschafter übermittelten Antwort auf die Frage, ob der 24. d. M. der französische Regierung als Datum für die Konferenz in Genf zu setzen wäre, erklärte sich Frankreich aus praktischen Gründen dagegen, daß beide Konferenzen in Genf und Brüssel gleichzeitig stattfinden. Außerdem nehme die französische Regierung grundsätzlich dieselbe Haltung ein wie die belgische, nämlich die Angelegenheit Deutschlands der Reparationskommission zur Prüfung zu unterbreiten. Die französische Regierung hoffe, daß sich auch die englische Regierung dieser Ansicht anschließen werde.

Auflösung des englischen Unterhauses?

Rotterdam, 11. September. Der New York Herald meldet, daß gestern in London ein Kabinettsrat abgehalten wurde, worin man die Frage erörterte, ob es angeht, die Lage unter der Bergarbeiterfrage richtig erscheint, das Unterhaus aufzulösen. Mehrere Mitglieder der Regierung wünschten, daß der Kabinettsrat geäußert werde, darüber abzustimmen, ob die Haltung der Regierung im Bergarbeiterstreik billige oder nicht.

Die abgelehnte Untersuchungskommission

Berlin, 11. September. Auf die Note der deutschen Regierung vom 4. September, in der unter Hinweis auf die von polnischer Seite begangenen Gewalttaten die Einsetzung einer neutralen Untersuchungskommission vorgeschlagen wurde, ist dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Paris nachstehende Antwort der Botschafterkonferenz gegangen: Sie haben der Konferenz am 4. d. M. eine Note der deutschen Regierung übermittelt, in der die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Oberschlesien vorgeschlagen wird. Die Kommission soll sich aus Angehörigen von Mächten zusammensetzen, die nicht Signatarmächte des Vertrages von Versailles sind. Ich beehre mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die alliierten Mächte einstimmig der Ansicht sind, daß die Bildung einer derartigen Kommission sich nicht rechtfertigen läßt und daß der Vorschlag Ihrer Regierung insofern nicht angenommen werden kann.

Deutsch-holländischer Funkverkehr

Eigene Drahtmeldung
Berlin, 11. September. Seit einiger Zeit findet ein Austausch von Funktelegrammen zwischen Deutschland und Holland durch die Funkstationen in Düsseldorf und Rotterdam bei Tag und Nacht statt. Die Betriebsgebühren sind die gleichen wie für den Drahtweg.

London und Moskau

Eigene Drahtmeldung
London, 11. September. Die Sowjetbotschafter Komarow und Staffin haben gestern eine längere Unterredung mit dem britischen Botschafter Lord George. Komarow beschäftigte sich, was möglichen nach Moskau zurückzuführen, wo er über die englisch-russische Frage Bericht erstatten soll. In maßgebenden Kreisen gibt man der Erwartung Ausdruck, daß keine weiteren Schwierigkeiten zwischen London und Moskau entstehen werden.

Eine neue russische Offensive

Eigene Drahtmeldung
Warschau, 11. September. Wie die Morning Post von der polnischen Front meldet, hat eine neue russische Offensive begonnen. Bei West-Litomsk sind die Polen in den letzten zwei Tagen um 15 Werst zurückgegangen.

Zusammenstöße in Triest

Rom, 11. September. Gestern nachmittags kam es in Triest zu Zusammenstößen zwischen der Volkswache und Polizeikräften, wobei ein Polizist getötet und einer verwundet wurde. Auf Seiten der Menge wurden eine Person getötet und zehn verletzt.

Nach dreißig Jahren!

Parteitag und Parteiprogramm

Auf dem Parteitag in Kassel steht als wichtigster Verhandlungsgegenstand die Revision unseres Parteiprogramms. Der Wunsch nach einer Änderung des Erfurter Programms ist in der Partei nicht neu. Das im Jahre 1891 in Erfurt beschlossene Programm wird im nächsten Jahre 30 Jahre alt. Schon auf dem Lübecker Parteitag sprach sich kein Geringerer als August Bebel für eine Erneuerung des damals erst zehn Jahre alten Programms aus. Heute erscheint es eigentlich als eine Selbstverständlichkeit, daß an Stelle des altvertrauten Erfurter Wertes ein neues, dem heutigen Stande der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung entsprechendes, neue Zielsetzungen der Partei formulierendes Programm zu setzen ist. Es wäre ein Wunder, wenn das Erfurter Wert nicht in vielen seinen Teilen veraltet und von der Entwicklung überholt wäre. Politische und wirtschaftliche Theorien einer wissenschaftlichen Arbeit können nach 30 Jahren ständiger Entwicklung nicht unanfechtbar bleiben. Das Erfurter Programm war ein parteipolitisch wirksames und theoretisch interessantes Wert, aber das darf uns nicht hindern, zuzugestehen, daß die Entwicklung soziale Tendenzen brachte, die nicht vorausgesehen werden konnten.

Wenn zum Beispiel im Erfurter Programm behauptet wird, daß allgemein, auch in der Landwirtschaft, die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zum Untergang des Kleinbetriebes führt, so ist diese Behauptung ebenso unwahr wie die Voraussage, daß das Bauerntum beschwindet. Unrichtig ist, daß für das Proletariat die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft durch die Konzentration der Betriebe nachfolgende Zunahme des Elends, des Drucks, der Ausbeutung, der Erniedrigung, der Ausbeutung bedeute. Die Ausbeutung ist in Deutschland bis zum Krieges sicher dauernd gestiegen, aber die Lebenshaltung der Arbeiter ebenfalls, und außerdem haben der Weltkrieg und sein Ausgang neue Tendenzen in die Erscheinung treten lassen. Durch die gewaltigen Eingriffe der ausländischen Machthaber in unsere wirtschaftliche Entwicklung hat die Ausbeutung durch das heimische Kapital nicht dieselbe Linie behalten. Und

was die Verelendung der Massen anbelangt, so konnte die Arbeiterklasse infolge ihres gewerkschaftlichen und politischen Kampfes, infolge der Durchsetzung höherer Löhne und sozialpolitischer Verbesserungen den Verelendungstendenzen im alten Deutschland energisch entgegenwirken. Auch die vom Erfurter Programm prophezeigten verheerenden Krisen sind nicht programmäßig eingetreten und verlaufen.

Rechnlich wie mit dem theoretischen steht es mit dem praktischen Teil. Der Sturmschritt der Entwicklung in den letzten Jahren hat uns vor eine Reihe neuer Erscheinungen und Probleme gestellt, die vor 30 Jahren niemand voraussehen konnte. Wir verweisen nur auf die Frage der Betriebsräte, den Ausbau des Mitbestimmungsrechtes, die zu schaffenden kommunalen und zentralen Arbeiterräte und die Frage der Sozialisierung mit den neuen Sozialisierungsplänen. Der deutsche Einheitsstaat ist bedroht, ein Teil der Frauenfragen wurde erfüllt, die Frau ist in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens getreten und ihre Angelegenheiten erfordern eine gründlichere Behandlung als vor 30 Jahren möglich war. Wir führen mit allem nur eine Reihe der hervorsteckendsten Probleme an und sehen ganz ab von all den untergeordneten Fragen, die nicht minder eine programmatische Neuformulierung erfordern.

In der Parteipresse sind da und dort Stimmen aufgetaucht, die eine Revidierung des Parteiprogramms als verfrüht hinstellen. Diese Genossen geben zu, daß die Erfurter Richtlinien heute veraltet und unzulänglich sind, daß sie neuen gründlichen Umbaus bedürftig sind, aber die Fragen der Zeit seien noch zu unausgereift, die Grundfragen unserer Wirtschaft und Politik noch zu fließend und unsicher, als daß man darauf ein neues Programm bauen könne. Es besteht die Gefahr, daß es in wenigen Jahren wiederum überholt und veränderungsbedürftig erscheine. So drückt auch sich aus Adolf Traut in einem jetzt vom Vorwärts-Verlag herausgegebenen Buche, daß die Verhältnisse, die schwere führende Rolle der Partei zur Erneuerung unseres Pro-